



CDU

LANDTAGSFRAKTION
BADEN-WÜRTTEMBERG

16. Landtag von Baden-Württemberg, 38. Sitzung

Mittwoch, 12. Juli 2017, 09:00 Uhr

Die Polizei in Baden-Württemberg – Polizeireform, Evaluierung, Korrekturbedarf

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart:

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Für die CDU-Fraktion ist die innere Sicherheit ein zentrales Anliegen und wir werden mit dieser Reform vor allem die innere Sicherheit und die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten stärken. Uns ist die innere Sicherheit wichtig und dafür gehen wir einen wichtigen Schritt mit dieser Reform.

Gerade angesichts der Bilder aus Hamburg, die uns in den letzten Tagen bewegt haben, zeigt es erneut, dass wir die Polizei stärken müssen. Deshalb unterstützen wir eine Verstärkung über das hinaus, was wir bereits vereinbart haben.

Wir haben – wie Kollege Schwarz zu Recht gesagt hat – 1 500 Polizeibeamten im Ziel. Das haben wir 2017 bereits mit einem ordentlichen Teil umgesetzt, aber wir werden noch mehr in Ausbildung investieren müssen. Deshalb ist es ein Schritt nach vorn. Diese Reform ist entlang den Vorschlägen der Lenkungscommission gemacht worden. Wir wollen nicht zulassen, dass – wie in Hamburg – Polizisten bedroht, beschimpft, verspottet werden.

Es ist uns eine Lehre. Wir wollen, dass es keine rechtsfreien Räume in Baden-Württemberg gibt.

Ich möchte deshalb ausdrücklich meinen Dank an die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die bis an die Grenze von Psyche und Physis gegangen sind, aussprechen. Wir haben Handlungsbedarf. Das ist uns wichtig. Unsere Polizei leistet eine gute Arbeit, nicht umsonst sind wir im Ländervergleich das sicherste Land. Aber die Strukturen sind nicht optimal. Was wir im Moment reparieren, sind nur Korrekturen einer Reform, die wir früher so nie gewollt hätten.

Das muss man immer sehen. Wir hätten niemals von 38 auf zwölf reduziert. Nun ist es so, dass wir entlang des Lenkungsausschusses – Herr Kollege Stoch, es wurde viel Geld ausgegeben, aber das vordringlichste Ziel, mehr Polizisten auf die Straße zu bringen, wurde verpasst. Ich zitiere aus dem Abschlussbericht des EVAPOL-Lenkungsausschusses:

Die Polizeistruktureform sollte ein Verstärkungspotential für die operative Basis von etwa 650 Stellen Polizeivollzugsdienst und rund 240 Stellen Nichtvollzugsdienst schaffen. ... Das Ziel eine personellen Stärkung der Dienstgruppen der Polizeireviere (Streifendienst) konnte im Zuge der Polizeistruktureform nicht erfüllt werden.

Das ist das Ergebnis. Am Schuljahresende sagt man dazu: „nicht ausreichend“, nämlich „mangelhaft“. Das war das Ergebnis dieser Reform. Das nennt man Armutszeugnis. Wir kümmern uns um beides. Deshalb haben wir bereits im Haushalt 2017 etatisiert. Wir werden die Ausbildungskapazitäten steigern. Auch die Anwärter müssen schneller ausgebildet werden, damit wir zunächst einmal auf die Straße kommen.

Deshalb ist auch der Zeitpunkt 1. Januar 2020 richtig, weil wir es in Gelassenheit, in Ruhe und in sicherer Planung angehen. Wir werden eine Pensionierungswelle bekommen. Diese wird 2021 ihren Höhepunkt erreichen. Deshalb muss man auch die äußerst angespannte Personalsituation sehr klug angehen, um diese zu verbessern.

Wir fassen die Struktur ideologiefrei und vor allem polizeiorientiert an. Wir wollen einen bestmöglichen Sicherheitsstandard. Es gab 36 Expertenvorschläge und daran haben wir uns orientiert und werden wir uns orientieren. Ich will hier bewusst sagen, dass es sich um Vorschläge bis hin zur Empfehlung der Verkehrsunfallaufnahme, der Rückgängigmachung der Bündelung der operativen Einsatztechnik und auch bis zur Frage der Zuschnitte handelt.

Bei den Zuschnitten haben wir jetzt in der Tat einen großen Schritt gemacht. Ich will auch hinzufügen: Unsere Vereinbarung lautet: Politik ist immer ein Kompromiss. Das ist überhaupt kein Geheimnis. Das ist auch bekannt gegeben.

Die Option „13 Plus“, wo wir uns mit der Frage 14 später befassen werden, ist ein politischer Kompromiss in die richtige Richtung, für die innere Sicherheit, für die verbesserte Polizeiausstattung. Dahinter stehen wir auch. Deshalb ist für uns klar: Wir orientieren uns entlang der Lenkungsgruppe und das sind die Vorschläge der Fachleute. Das muss man sehen. Das bewegt uns auch.

Es sind Zuschnitte, wofür die kommunalen Landesverbände, die Justiz, der Lenkungsausschuss Vorschläge gemacht haben. Insoweit will ich schon hinzufügen: Grundlagen sind nicht die Veränderungen, ist nicht die Polizeistruktur aus Zeiten vor 2014, sondern die nach der Reform hinterlassene Struktur. Das gibt einen wesentlich geringeren Entscheidungs- und Handlungsspielraum vor. Wir hätten uns mehr Handlungsspielräume gewünscht, aber das war vorgegeben. Wir können nur noch in kleinen Schritten korrigieren. Das ist das Problem dieser Reform.

Zu den Standortfragen will ich im Übrigen hinzufügen: Auch zu Tuttlingen haben wir die Regierung gebeten, an Nachfolgenutzungskonzepten zu arbeiten. Wir werden auch Tuttlingen nicht im Stich lassen. Aber es geht darum, wir folgen im Moment dem Lenkungsausschuss.

Ich möchte der Projektgruppe danken. Die hat akribisch gearbeitet. Ich möchte weiter danken allen Akteuren – Ministerium, Lenkungsgruppe, aber vor allen Dingen 12 000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten; die Experten, die Fachleute haben daran teilgenommen. Das ist einmalig. Denen gilt unser Dank für diese aktive, rege Beteiligung.

Die Polizei hat jetzt Anspruch auf die Umsetzung. Dazu will ich auch noch anfügen, dass völlig zu Recht angesprochen worden ist: Freiheit gibt es nur mit innerer Sicherheit. Wir sorgen für innere Sicherheit, und deshalb bin ich überzeugt davon, dass das ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung für mehr innere Sicherheit im Land Baden-Württemberg ist, was wir hier auf den Weg bringen.